



Medienimpulse
ISSN 2307-3187
Jg. 64, Nr. 3, 2026
doi: 10.21243/mi-26-03-04
Lizenz: CC-BY-NC-ND-3.0-AT

The Kids Are All Right? Eine empirische Analyse der Einstellungen und Wissensbestände zum SNS-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren in Österreich.

Andreas Schulz-Tomančok

In der vorliegenden Studie werden die Einstellungen, Bewertungen und Wissensbestände der österreichischen Bevölkerung zum geplanten Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren untersucht. Basierend auf einer quantitativen Befragung von 151 Personen zeigt die Studie, dass die Bevölkerung das Verbot ambivalent bewertet. Zwar werden die Gefahren von Social Network Sites (SNS) anerkannt, die technische Umsetzbarkeit und die Effektivität des Verbots werden jedoch kritisch hinterfragt. Alternativen wie Medienbildung und Plattformregulierung werden als nachhaltige Ergänzungen angesehen.

Die Ergebnisse werfen medienpädagogische und gesellschafts-politische Fragen auf und verdeutlichen die Notwendigkeit einer intensiveren Aufklärung und Diskussion.

This study examines the attitudes, opinions and knowledge of the Austrian population regarding the proposed ban on social media for adolescents under the age of 14. Based on a quantitative survey of 151 participants, the findings reveal ambivalent attitudes. While the dangers of social networking sites (SNS) are acknowledged, the technical feasibility and effectiveness of the ban are questioned. Alternatives such as media literacy and platform regulation are regarded as sustainable complementary measures. The results raise media-pedagogical and socio-political questions, highlighting the need for greater public awareness and discussion.

1. Einleitung¹

Australien macht es vor und viele eifern nach (FAZ, 2026): Die australische Regierung hat mit dem „Online Safety Amendment Act“ ein Nutzungsverbot für soziale Netzwerkplattformen – *Social-Networking-Sites* (SNS) – für Jugendliche verabschiedet, das seit Ende 2025 gilt. Das Gesetz verbietet Personen unter 16 Jahren, auf zahlreichen Plattformen wie Instagram, TikTok oder YouTube eigene Accounts zu führen. Dies wird mit Sicherheits- sowie psychischen und physischen Gesundheitsbedenken begründet. Es wird angenommen, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen der SNS-Nutzung und der kognitiven Entwicklung von Jugendlichen gibt. Diese Annahme wird in nationalen und internationalen Publikationen diskutiert (Dienlin et al., 2026; Pearson, 2025) und kritisch diskutiert (Christenden & Mackinnon, 2025; van der Lin-

den, 2026; Prendergast & Dyer, 2026). Ob ein SNS-Verbot wirksam sein kann und welche datenschutzrechtlichen Einschnitte für alle SNS-Nutzenden in Österreich durch Verifikations- und Identifikationstools zu erwarten sind werden ebenso diskutiert (Fischer, 2026; Al-Youssef, 2026). Zudem stellt sich die Frage, ob es zielführendere Alternativen gibt, wie beispielsweise Investitionen im Bereich der (außer)schulischen Medienkompetenzentwicklung (Campbell, 2025) sowie einer Abkehr vom derzeit dominierenden pädagogischen Grundgedanken, das Heranwachsende vor potenziellen Gefahren geschützt werden sollten (Hoffmann, 2021), wie es breitenwirksam in Politik und Medien kommuniziert wird, bzw. zielgerichtete Regulation von SNS und die Betreibenden stärker in die Verantwortung zu nehmen (Wesley-Smith & Fleming, 2025). Bei den bisher angeführten Argumenten für ein Verbot geht es um gesellschaftspolitische Fragen, bei denen die wissenschaftliche Community uneins ist, wie bei der viel proklamierten Generalisierung des SNS-Abhängigkeitspotenzials bei Jugendlichen (Ledford, 2026).

Die österreichische Bundesregierung hat am 27. März 2026 ein Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren in Österreich angekündigt (ORF, 2026a) und wartet dabei nicht auf eine koordinierte europäische Lösung. In einigen EU-Ländern, wie beispielsweise Deutschland oder Frankreich, werden derzeit Verbote geprüft bzw. Gesetze auf den Weg gebracht (Stand: 17.07.2026; Wiederhold, 2025). Dieser regulative Schritt wird damit begründet, dass trotz der Anerkennung, dass SNS ein zentraler Bestandteil des Alltags von Ju-

gendlichen geworden sind und als Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungsplattformen dienen, auf den genutzten Plattformen „bekannte Gefahren“ bestehen,

von Suchtmechanismen über Cybermobbing bis hin zu politischer Radikalisierung und gezielter Desinformation. Zudem verstärken soziale Medien Ablenkungs- und Konzentrationsprobleme, während personalisierte Werbung und algorithmische Inhalte den Druck auf junge Menschen erhöhen (BKA, 2026).

Ein entsprechender Gesetzesvorschlag soll im Laufe des Jahres 2026 vorliegen und Anfang 2027 technisch umgesetzt werden (ORF, 2026b). Neben einer Reihe von Maßnahmen soll das sogenannte „Kernstück“ des digitalen Jugendschutzes ein „verpflichtendes Mindestalter von 14 Jahren für die Nutzung von Social-Media-Plattformen wie Instagram, TikTok oder Snapchat“ sein (ebd.). Bundesbildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS) gibt im Zuge der Ankündigung zu bedenken, dass ein Verbot allein nicht ausreicht und mit Maßnahmen zur Intensivierung der Medienbildung einhergehen muss (ORF, 2026b). Diese Entscheidung steht im Gegensatz zu den Empfehlungen des Deutschen Ethikrats, der sich dezidiert gegen ein Pauschalverbot ausspricht (Tagesschau, 2026). In dieser aktuellen Debatte wird übersehen, dass der Zugang zu SNS für Minderjährige auf nationaler und europäischer Ebene längst reglementiert ist und gemäß des österreichischen Datenschutzgesetz (DSG) ein Verbot der eigenständigen Nutzung für unter 14-Jährige bereits besteht, sofern keine Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorliegen (kija, 2026). Daher stellt sich die Frage, welche Einstellungen, Bedenken und Wünsche haben die

Menschen, die davon betroffen sein werden – alle Personen, die SNS nutzen, Erziehungsberechtigte von Kindern, Geschwister, Großeltern, Pädagoginnen und Pädagogen bzw. zugespitzt, die österreichische Gesellschaft.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird der Forschungsstand zum avisierten SNS-Verbot vorgestellt. Darauf aufbauend werden theoretische Überlegungen präsentiert und Forschungsfragen abgeleitet. Im zweiten Abschnitt wird das methodische Design der Befragungsstudie erläutert, bevor die Ergebnisse im dritten Abschnitt präsentiert werden. Eine Diskussion sowie ein Fazit, das Limitationen beleuchtet und einen Ausblick gibt, schließen den Beitrag ab.

2. Forschungsstand und Forschungsfragen

Der wissenschaftlich geführte Diskurs über die Potenziale und Risiken von SNS für junge Menschen reicht von Jugendgefährdung durch schädliche Inhalte, Belästigungen, Beeinflussungen und Radikalisierungen durch Framings bis hin zu positiven Aspekten wie die Bereitstellung wichtiger Nachrichtenrepertoires, die Vernetzungsfunktion sowie die Rolle als wichtige Mediatoren von Identifikations- und Rolemodel-Effekten (Rice et al., 2016). Laut dem *Reuters Digital News Report 2026* für Österreich stellen sie vor allem für die jüngsten Befragten – dort die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen – die dominierende Hauptnachrichtenquelle dar (Gadringer et al., 2026, S. 10). Ein Ausschluss hätte demokratiepolitische Einschnitte zur Folge, was seitens der Politik jedoch oft verdrängt

oder negiert wird. Mit Blick auf Australien betont Knaus (2025, S. 8f.), dass sich die Betroffenen – in seiner Erfahrungsberichterstattung sind dies Lehrende und Schülerinnen sowie Schüler – eine vertiefende Diskussion wünschen, die auf Evidenzen und nicht auf „recht oberflächlichen Meinungsumfragen“ beruhen. Er geht sogar so weit, diese Art des Verbots als „primäre symbolische“ Antwort auf Digitalisierungsängste zu bezeichnen (ebd., S. 9; Edelman, 1964). Aktuelle Studienergebnisse zeigen zudem, dass das umgesetzte Verbot wenig effektiv ist (Bursztyn et al., 2026). Demnach nutzen zwar weniger Minderjährige SNS als ihre Peers in den USA, allerdings gaben 57 % der 14-Jährigen und 68 % der 15-/Jährigen an, eine verbotene Plattform in den letzten sieben Tagen genutzt zu haben (ebd., S. 4). Lediglich 27 % der in der Studie befragten Jugendlichen halten sich an das Verbot. Dreiviertel von ihnen halten es für technisch leicht bzw. sehr leicht, die Sperren zu umgehen. Ein Ergebnis der Studie ist, dass die gesellschaftliche Teilhabe ein wesentlicher Aspekt ist, um auf den Plattformen aktiv zu bleiben. Daher ist es umso wahrscheinlicher, dass man es ihnen gleichtut, je mehr enge Freundschaften noch online sind. Zudem wissen sie, dass der Großteil ihrer Peers die Plattformen weiterhin nutzt (ebd., S. 5).

Die aktuelle ifo-Bildungsstudie (Wedel et al., 2025), die sich mit der Nutzung sozialer Netzwerke (SNS) von Jugendlichen und Erwachsenen auseinandersetzt, verdeutlicht in einer Befragungsstudie, dass knapp neun von zehn Jugendlichen Plattformen nutzen, um Kontakte aufrechtzuerhalten. Sie sehen SNS stärker als

Erwachsene als Chance für die Gesellschaft und für die Bildung. Allerdings sehen sowohl die Mehrheit der Jugendlichen und der Erwachsenen die Nutzung von SNS als eher bis sehr negativ für die psychische und körperliche Gesundheit, die Aufmerksamkeit und die schulischen Leistungen an (ebd., S. 45). Die Informationsbeschaffung durch SNS wird von sieben von zehn Jugendlichen und von rund der Hälfte der Erwachsenen als eher bis sehr positiv angesehen (ebd.). In Anlehnung an Bursztyn et al. (2026) zeigt sich auch bei den befragten deutschen Jugendlichen, dass ihre Bereitschaft, auf SNS zu verzichten, am geringsten ist, wenn nur sie selbst, aber nicht alle anderen, die Plattformen nicht mehr nutzen würden. Die Bereitschaft zu verzichten steigt erheblich von 14 % auf 31 %, wenn alle ihre Accounts deaktivieren würden (ebd., S. 43). Auf die Frage bezüglich eines SNS-Verbots für unter 16-Jährige sind 85 % der befragten Erwachsenen und 47 % der Jugendlichen eher bis sehr dafür (ebd., S. 47). Laut einer OGM-Umfrage sind 84 % der Anfang 2026 befragten Österreicherinnen und Österreicher für ein sogenanntes Social-Media-Verbot (ORF, 2026c). Die viel beachtete Eurobarometer-Erhebung *Impact of excessive screen time and social media on young people's mental health* aus dem April 2026 unterstreicht, dass die Mehrheit der Eltern (54 %) sich für ein SNS-Verbot aussprechen, im Vergleich zu den Jugendlichen (45 %) (European Commission, 2026, S. 36).

In dieser Studie gaben nur 21 % der befragten Eltern in Österreich an, dass die SNS-Nutzung eher bis sehr positive Auswirkungen auf ihre Kinder hat. Im Vergleich dazu bewerten 36 % die negati-

ven Auswirkungen als eher bis sehr überwiegend. Bei den Jugendlichen hingegen sind 48 % der Ansicht, dass die positiven Auswirkungen die negativen um das Doppelte überwiegen (ebd., S. 16). Diese Unterschiede in den Einstellungen sind insofern nicht überraschend, als dass SNS einerseits feste Bestandteile der medialisierten Lebenswelten von Jugendlichen sind (Hugger, 2014) und Erwachsene, vor allem Eltern, sich andererseits um die Gesundheit und Entwicklung der nächsten Generation sorgen. Erste Begleitstudien zum Handy-Verbot an österreichischen Schulen zeigen zudem, dass Verbote je nach Blickwinkel positive als auch negative Aspekte hervorbringen können: Kompensationsnutzungen, das Lernen, wie Regeln bestmöglich umgangen werden können, sowie generelle Schultrends zur Digitalisierung und ein Unterricht, der durch derartige Verbote konterkariert wird. Zudem ist die Handynutzung

ein wesentlicher Teil der Gesamtkultur geworden, sodass es unlogisch erscheint, dass ausgerechnet die Schule diese unterbindet (Krainer et al., 2025, S. 50).

Die Studienlage zur Frage des Verbots wächst kontinuierlich, ebenso wie die weltweiten Maßnahmen zur Eindämmung der Nutzung (Archer, 2025, S. 60). Vernachlässigt werden allerdings oftmals Fragen zu Wissensbeständen rund um das Verbot, z. B. zu den technischen Voraussetzungen, um das Alter effektiv zu verifizieren, sowie Fragen zum Umgang mit sensiblen Daten bei der Anmeldung und wie diese umgangen werden könnten, z. B. durch die Nutzung eines *Virtual Private Network* (VPN) (J. Fatt & Fardouly,

2025, S. 414), sowie den damit einhergehenden Implikationen. Die bisherigen Erkenntnisse zeigen ebenfalls ein undifferenziertes Verständnis von SNS und welche Plattformen eigentlich für welches Alter eingeschränkt werden sollen (Livingstone & Sylwander, 2025). Die Verbotsrufe sind laut Archer (2025, S. 59) vor allem von nostalgischen Erinnerungen älterer Personen an ihre eigene Kindheit geprägt bzw. durch die Medien beeinflusst. Ein Beispiel hierfür ist der bekannte Sozialpsychologe Jonathan Haidt, der in *Generation Angst* einen kausalen Zusammenhang zwischen Smartphone- und SNS-Nutzung sowie dem konstatierten Anstieg psychischer Belastungen bei Jugendlichen proklamiert. Daher sind der Grad der persönlichen Betroffenheit vom SNS-Verbot sowie das Wissen um den Diskurs und die Vor- und Nachteile der Umsetzung wichtige Determinanten für die Einstellung, wenn es um die Unterstützung und in weiterer Folge die Umsetzung des angestrebten Verbots geht (Fardouly, 2025).

Theoretisch ist das Projekt somit mit drei wesentlichen Aspekten verwoben: Einerseits im Bereich der Medienkompetenz² (Livingstone & Helsper, 2007) und der Frage, wie sich die eigene wahrgenommene Kompetenz auf die Bewertung des Verbots auswirkt. Zum anderen betrifft es die Risiko- und Technikakzeptanz neuer Technologien und die Akzeptanz ihrer Regulierung durch Verbote bzw. technische Umsetzungen (Davis, 1989). Maßgeblich ist die demokratiepolitische Perspektive der digitalen Teilhabe (Couldry & Hepp, 2017), da es sich um mediatisierte Lebenswelten handelt, die durch das Verbot für Unter-14-Jährige massiv eingeschränkt

werden. Diese Lebenswelten sind jedoch für die Identitätsbildung, die Pflege sozialer Beziehungen und die Teilhabe relevant, wie u. a. auch die Ergebnisse der aktuellen Studie zur Bildschirmzeit und Selbstregulation von Jugendlichen der Vodafone Stiftung (2025) illustrieren. Daraus leiten sich folgende Forschungsfragen (FF) ab:

- FF1: *Welche Chancen und Risiken sehen die Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf die SNS-Nutzung von Kindern unter 14 Jahren?*
- FF2a: *Wie bewertet die österreichische Bevölkerung das geplante SNS-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren?*
- FF2b: *Welche Unterschiede zeigen sich in den Einstellungen der verschiedenen Altersgruppen, Bildungsniveaus und politischen Orientierungen?*
- FF2c: *Welche SNS sollten in Österreich ab welchen Altersstufen verboten werden?*
- FF2d: *Welche Chancen und Risiken sehen die Österreicherinnen und Österreicher bei einer SNS-Verbotsumsetzung.*
- FF3: *Welche Alternativen zum SNS-Verbot werden von der Bevölkerung bevorzugt, und wie werden Maßnahmen wie Medienbildung, Plattformregulierung oder elterliche Kontrolle bewertet?*
- FF4: *Wie schätzt die österreichische Bevölkerung die Effektivität des geplanten SNS-Verbots ein?*

3. Methode

Im Rahmen der Bachelor-Lehrveranstaltung *Einführung in die quantitativen Methoden der Medien- und Kommunikationsforschung* wurde an der Universität Klagenfurt im Sommersemester 2026 eine Befragungsstudie durchgeführt. Hierzu wurde im Verlauf des Seminars zunächst Literatur zusammengetragen, anschließend wurden Forschungsfragen formuliert und darauf aufbauend Fragen gesammelt, im Plenum diskutiert und schließlich mit der Software *SoSci-Survey* der Fragebogen erstellt. Dieser wurde durch kognitive Pretests ($N = 9$) getestet und adaptiert. Anschließend wurde er zwischen dem 24. April und dem 12. Mai 2026 in einem Mixed-Mode-Verfahren online und offline verbreitet ($N = 151$) und danach mit *SPSS* ausgewertet.

3.1 Auswahl

Als Grundgesamtheit sind alle in Österreich lebenden Personen über 15 Jahren definiert,³ da diese von dem avisierten Verbot als Bezugspersonen und im Falle technischer Identifikationsmaßnahmen ebenfalls als SNS-Nutzende betroffen sein werden.

Im Rahmen der Lehrforschung wurden einerseits von den Studierenden in einem Mixed-Mode-Verfahren Face-to-Face-Interviews durchgeführt ($N = 18$; Durchführungszeit: 24:20 min) und der Link in zahlreichen WhatsApp-Gruppen verbreitet (u. a. Lehrerinnen- und Lehrer-Chatgruppen, Familien- und Freundesgruppen), andererseits durch die LV-Leitung im Aviso der Universität Klagenfurt sowie in zahlreichen Chatgruppen und österreichweiten Foren

wie jenem des *DerStandard*, und schließlich in Kommentaren unter thematischen journalistischen Artikeln zum Verbot. In den Chats wurden 500 Personen erreicht, von denen 168 die Onlineumfrage begannen. Nach einer konservativen Datenbereinigung gab es $N = 133$ gültige Fälle ($M = 11:37\text{min}$), die a) den eingebauten Attention Check richtig beantworteten, b) alle relevanten Fragen beantworteten und c) kein auffälliges Antwortverhalten aufwiesen, wie etwa das schnelle Durchklicken oder Beantworten. Aufgrund von Ressourceneinschränkungen (zeitlich und materiell) wurde bewusst gegen eine Zufallserhebung oder ein quotiertes Online-Panel entschieden. Auch ohne repräsentativen Anspruch können die Ergebnisse erste relevante Einblicke in die Einstellungen der österreichischen Wohnbevölkerung zum avisierten Verbot aufzeigen.

3.2 Operationalisierung der Forschungsfragen

Der Fragebogen wurde so gestaltet, dass er die zentralen Themen der Forschungsfragen abdeckt: Einstellungen zu SNS, Wissen über das geplante Verbot, technische Umsetzbarkeit, Chancen und Risiken sowie mögliche Alternativen und die Effektivität des Verbots.

Die Einstellungen der Befragten wurden auf einer fünfstufigen Likert-Skala gemessen (z. B. „Die Nutzung von Social Media sollte für unter 14-Jährige gesetzlich verboten sein“). Zusätzlich wurde gefragt, wie die Befragten die Haltung der unter 14-Jährigen zu dem Verbot einschätzen. Der Wissensstand wurde mit Fragen zur Bekanntheit des Verbots („Haben Sie schon von dem geplanten

Verbot gehört?“) und der Begleitmaßnahmen (z. B. Digital Services Act, Medienkompetenzangebote) erfasst. Zudem wurde abgefragt, welche Plattformen nach Meinung der Befragten für unter 14-Jährige verboten werden sollen. Die Befragten bewerteten Gefahren wie mentale Gesundheit, Mobbing und Desinformation sowie die potenziellen Folgen des Verbots (z. B. gesündere Entwicklung, eingeschränkte soziale Kontakte). Die Gefährlichkeit einzelner Plattformen wurde auf einer Likert-Skala eingeschätzt. Die Effektivität des Verbots wurde mit einer Skala von 0 = gar nicht effektiv bis 100 = sehr effektiv bewertet. Zudem wurden Präferenzen für technische Umsetzungsmaßnahmen wie biometrische Daten oder Ausweisverifikation abgefragt. Alternativen zum Verbot wurden durch Fragen zu Maßnahmen wie Medienkompetenzförderung, elterlicher Kontrolle und Plattformregulierung erfasst. Außerdem wurde das empfohlene Mindestalter für die Nutzung verschiedener Plattformen abgefragt. Der gesamte Fragebogen ist im Online-Anhang abrufbar.

3.3 Soziodemografie

Knapp zwei Drittel der Befragten gaben an, weiblich zu sein und 33,7 % als männlich. 13,2 % der Befragten sind jünger als 20 Jahre, 29,1 % sind zwischen 20 und 29 Jahre alt und 25,2 % sind zwischen 30 und 39 Jahre alt. Nur 8,6 % sind über 60 Jahre alt. Als höchsten Bildungsabschluss gaben 48,3 % einen Hochschulabschluss an, 35,8 % verfügen über eine AHS- bzw. BHS-Matura und lediglich 2 % haben einen Pflichtschulabschluss bzw. 7,3 % einen Lehr- oder einen BMS-Abschluss. Auf einer 10-stufigen Skala von

sehr liberal bis sehr konservativ geben zudem über 50 % an, eher bis sehr liberal zu sein, während nur knapp 8 % eher bis sehr konservativ sind. Knapp 50 % gehen hauptsächlich einer beruflichen Voll- bzw. Teilzeittätigkeit nach, während knapp 42 % der Befragten noch in Ausbildung sind. Zusammenfassend bedeutet dies, dass das Sample im Gegensatz zur österreichischen Grundpopulation – siehe Statistik Austria⁴ – zu weiblich, zu jung, zu liberal-progressiv und zu hochgebildet ist.

Zwölf Prozent der Befragten gaben an, Eltern von betroffenen Jugendlichen zu sein. 43 % haben beruflich oder privat mit betroffenen Jugendlichen zu tun. Knapp 40 % haben keinen unmittelbaren Kontakt, nutzen allerdings SNS und wären von einem Verbot betroffen. 4,6 % nutzen kein SNS und haben auch keinen Kontakt mit der primär vom Verbot adressierten Zielgruppe.

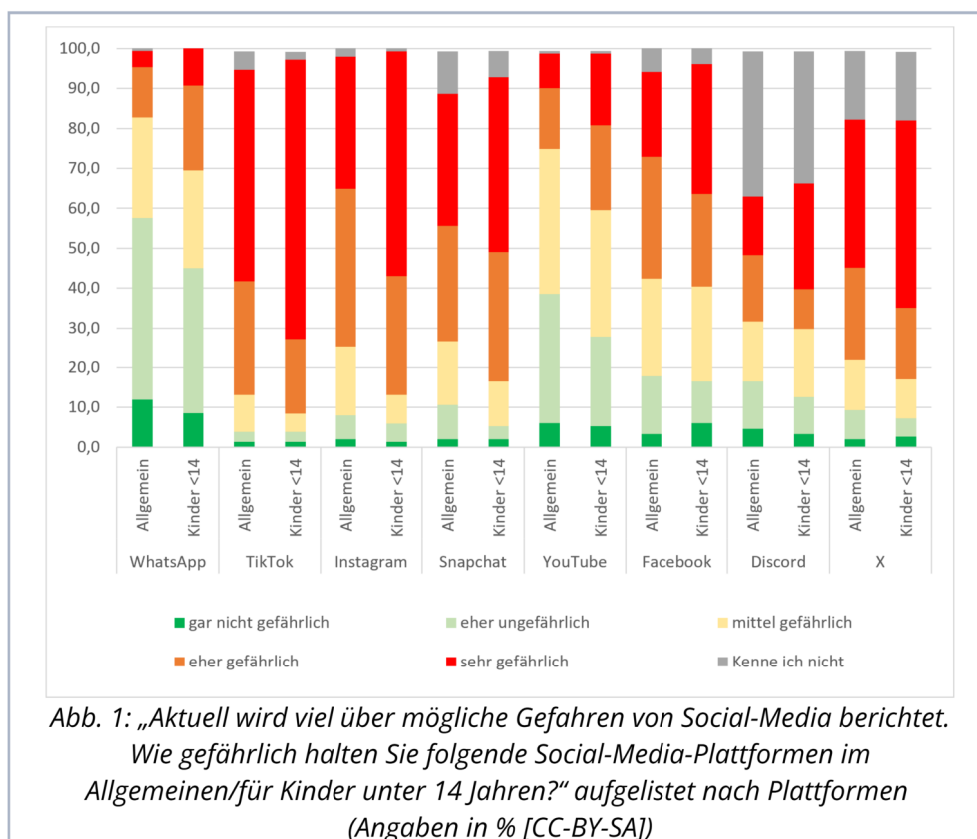
4. Ergebnisse

4.1 Bedenken und Gefährdungen

FF1: Welche Chancen und Risiken sehen die Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf die SNS-Nutzung von Kindern unter 14 Jahren?

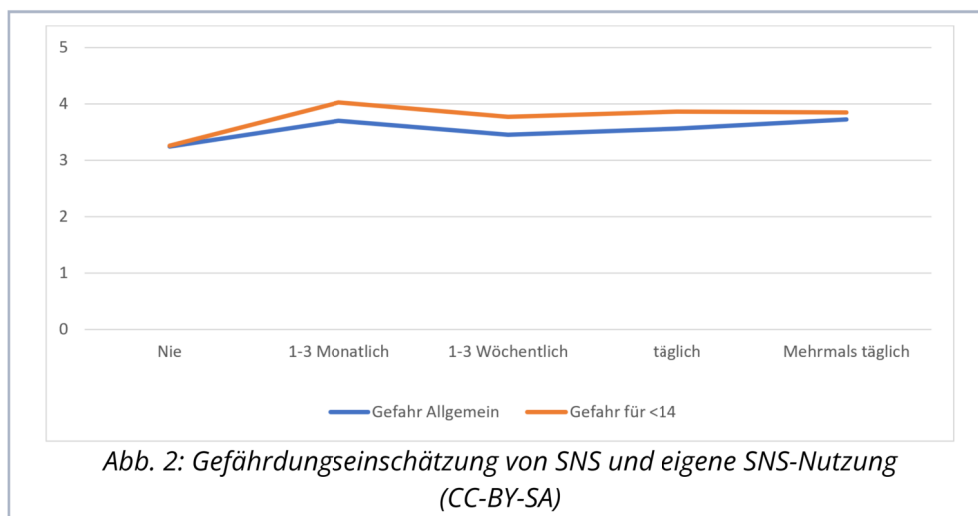
Die befragten Personen bewerten die Plattformen hinsichtlich ihres Gefährdungspotenzials sehr unterschiedlich. Vor allem die medial stärker thematisierten Plattformen wie TikTok und Instagram sowie der Kurznachrichtendienst X werden dabei als „sehr gefährlich“ eingestuft. Darüber hinaus werden alle Plattformen

als gefährlicher für Kinder unter 14 Jahren eingestuft als für die Allgemeinheit. Knapp 50 % der Befragten geben an, dass WhatsApp für Kinder eher nicht gefährlich ist (siehe Abb. 1). Hier zeigt sich ein Zusammenhang mit der verbotsbegleitenden Berichterstattung, die im Diskussionsteil vorgestellt wird:



Werden diese acht Plattformen im Mittel betrachtet, ergeben sich für alle Altersgruppen, insbesondere für Kinder unter 14 Jahren, hohe Gefährdungseinschätzungen, die von mittel bis eher gefährlich reichen. In einem fünfstufigen Index, der von 1 = gar nicht gefährlich bis 5 = sehr gefährlich reicht, zeigt sich zusammengefasst,

dass mit steigender SNS-Nutzungsfrequenz die Gefährdungseinschätzung im Trend leicht zunimmt (siehe Abb. 2). Dies könnte mit einer höheren Kontakthäufigkeit von schädlichen Inhalten zusammenhängen.



Anmerkung: Index Gefahreinschätzung umfasst die summierten Durchschnittswerte aller abgefragten SNS-Plattformen von 1 = „gar nicht gefährlich“ bis 5 = „sehr gefährlich“ und dem Index der durchschnittlichen SNS-Nutzungsfrequenz nach folgenden Tätigkeiten: Für meine berufliche Tätigkeit; Um mich überaktuelle Nachrichten zu informieren; Für Ausbildungszwecke; Um mit Freunden und Bekannten in Kontakt zu bleiben; Um Unterhaltungsinhalte zu konsumieren von nie bis mehrmals täglich.

Dabei wird die Gefahr für Kinder unter 14 Jahren signifikant höher bewertet ($M = 3,85$; $SD = 0,81$) als die Frage, wie gefährlich halten Sie allgemein Soziale Medien ($M = 3,55$; $SD = 0,76$) ($t(150) = 58,28$, $p < 0,001$). Differenziert nach soziodemografischen Charakteristi-

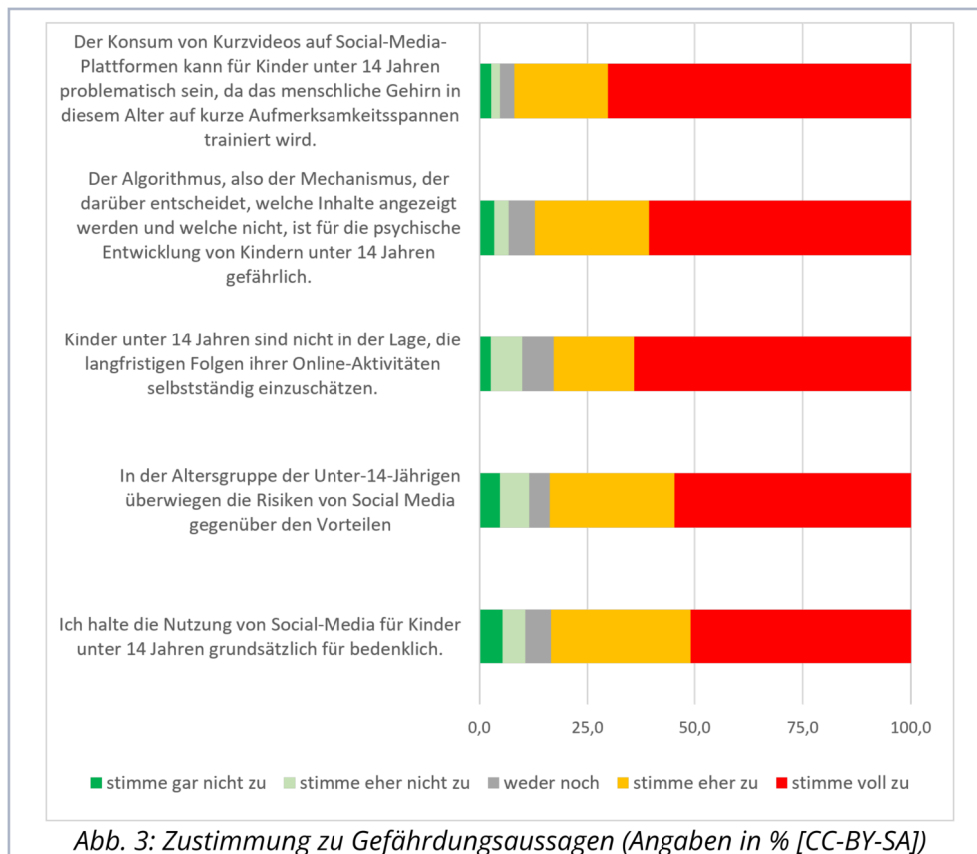
ka zeigt sich, dass Frauen die Gefahr durch SNS deutlich höher einschätzen als Männer. In den verschiedenen Alterskohorten ist vor allem bei den hochaltrigen Personen eine geringere Zustimmung zur Gefahrenereinschätzung im Vergleich zu den jüngeren Befragungsgruppen ersichtlich. Bei der Bildung gibt es keine relevanten Unterschiede. Bei der politischen Selbsteinschätzung fällt auf, dass vor allem konservative Personen die Gefahren deutlich geringer einschätzen als Liberale oder Personen der gesellschaftlichen Mitte. Diese Bewertungen korrespondieren mit den jeweiligen Parteilinien. Die oppositionelle, rechtspopulistische und konservative FPÖ positioniert sich gegen ein Verbot und relativiert die Gefahren von SNS im Gegensatz zur Regierungskoalition aus gesellschaftsliberalen SPÖ, NEOS und der konservativen Mittepartei ÖVP.

<i>Variable</i>	<i>Gefahr Allgemein</i>	<i>Gefahr für Kinder <14 J.</i>
<i>Geschlecht</i>		
Weiblich	3,66	3,96
Männlich	3,37	3,68
<i>Alter</i>		
Bis 20 J.	3,65	3,94
20-29 J.	3,62	3,88
30-39 J.	3,59	3,87
40-49 J.	3,74	3,97
60-69 J.	3,11	3,35
<i>Bildung</i>		
Lehre	3,50	3,75
AHS	3,61	3,82
Hochschulabschluss	3,52	3,86

<i>Politische Selbsteinschätzung</i>		
Sehr liberal	3,44	3,68
Mitte	3,51	4,04
Sehr konservativ	2,92	3,55
<i>Betroffenheit</i>		
Elternteil	3,40	3,63
Beruflich	3,64	3,99
Nicht, SNS-Use	3,51	3,77
Nicht, kein SNS-Use	3,42	3,79
<i>Gesamt</i>	3,55	3,85

Tab. 1: Mittelwertübersicht der Gefahreneinschätzung von SNS Allgemein und für Kinder unter 14 Jahren nach soziodemografischen Eigenschaften. Der Mittelwertsindex umfasst Einschätzungen zu allen abgefragten SNS von 1 = keine Gefahr bis 5 = sehr gefährlich. (CC-BY-SA)

Den Befragten wurden zudem fünf Aussagen präsentiert, denen sie auf einer fünfstufigen Skala zustimmen konnten. Jedes Item wurde von über 80 % mit eher zu bis voll zu bewertet. Demnach ist der SNS-typische Konsum von Kurzvideos schädlich, der Algorithmus ist schädlich für die Entwicklung von Kindern, die nicht selbst in der Lage sind, die langfristigen Folgen einzuschätzen, und die Risiken überwiegen gegenüber den Vorteilen. Etwa elf Prozent stimmten der Aussage, dass die Nutzung von SNS für Kinder unter 14 Jahren grundsätzlich bedenklich ist, eher bis gar nicht zu.



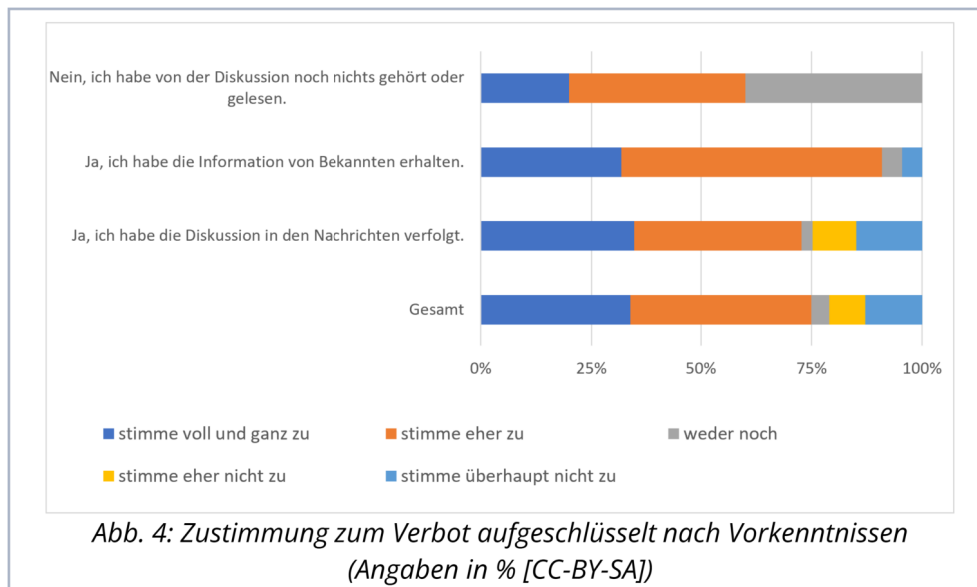
Die Studienteilnehmenden wurden gebeten, fünf vorgegebene Risiken, die mit der Nutzung von SNS in Verbindung stehen, von der größten zur geringsten Gefahr in eine Reihenfolge zu bringen. Die meisten Personen (49 %) haben demnach Auswirkungen auf die mentale Gesundheit auf den ersten Rangplatz gesetzt, nur 4 % auf den Letzten. 23,2 % haben gefährliche Challenges und ungeeignete Inhalte auf Platz eins gewählt. Ebenfalls höher platziert sind Gefahren durch Mobbing und Hassrede. Gefahren durch Manipulation durch Desinformationen oder Gefährdungen durch Datenschutzdefizite auf den Plattformen wurden von den Befrag-

ten als weniger gefährlich eingestuft (knapp 70 % setzten sie auf den letzten Rangplatz).

4.2 Einstellungen zum avisierten Verbot

FF2a: Wie bewertet die österreichische Bevölkerung das geplante SNS-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren?

Bezüglich des Wissens über das Verbot wurden die Respondentinnen und Respondenten gefragt, ob sie bereits vom Verbot gehört haben. Es zeigt sich, dass vor allem die Personen, die von der Diskussion noch nichts gehört haben, eine ambivalente Position zur Verbotsfrage einnehmen. Davon sind 40 % weder für noch gegen ein Verbot in dieser Gruppe. Insgesamt stimmt jede dritte befragte Person der Frage zu, weitere 41 % stimmen dem Verbot eher zu. Jede fünfte Person lehnt ein solches Verbot eher bis absolut ab. Unter den Personen, die die Verbotsdiskussionen durch die Nachrichten verfolgt haben, lehnt jede Vierte das Verbot ab. Die stärkste Zustimmung gibt es bei Personen, die vor allem durch Bekannte vom Verbot erfahren haben (über 91 %) (siehe Abb. 4):



FF2b: Welche Unterschiede zeigen sich in den Einstellungen der verschiedenen Altersgruppen, Bildungsniveaus und politischen Orientierungen?

Nach soziodemografischen Charakteristika befürworten Frauen ($M = 3,97$; $SD = 1,18$) das Verbot auf einer fünfstufigen Skala von 1 = stimme nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu signifikant stärker als Männer ($M = 3,36$; $SD = 1,51$) ($t(81,1) = 2,48$, $p = 0,015$). Unter den Alterskohorten sind es die jüngeren Befragten bis 20 Jahre, die das Verbot mit einem Mittelwert von 4,3 ($SD = 0,66$) stärker befürworten als die älteren Gruppen, wie die über 70-jährigen ($M = 3$; $SD = 1,55$). Hinsichtlich der formalen Bildung zeigt sich: Je höher die formale Bildung, desto geringer ist die mittlere Zustimmung zum Verbot (noch in Ausbildung: $M = 4,3$; $SD = 0,68$; Hochschulabschluss: $M = 3,61$; $SD = 1,62$). Eltern stimmen dem Verbot signifikant weniger stark zu ($M = 3,11$; $SD = 1,58$) als es Perso-

nen tun, die beruflich oder privat mit Jugendlichen unter 14 Jahren zu tun haben ($M = 4,28$; $SD = 0,93$) ($t(81,1) = 2,48$, $p = 0,015$). Bzgl. der politischen Selbstorientierung sind vor allem Personen der politischen Mitte ($M = 4,21$, $SD = 1,16$) für das Verbot im Vergleich zu sehr Liberalen ($M = 3,36$; $SD = 1,39$) und sehr Konservativen ($M = 3,75$; $SD = 1,89$).

FF2c: *Welche SNS sollten in Österreich ab welchen Altersstufen verboten werden?*

Bei der expliziten Benennung, welche Plattform verboten werden sollte, nannten 84 % der Befragten TikTok, gefolgt von Instagram (77,6 %), Snapchat (73,6 %), Facebook (68 %) und X (67,6 %). Lediglich 9,5 % der Befragten waren der Meinung, dass WhatsApp verboten werden sollte, 12 % nannten Pinterest und 21,8 % YouTube. Neben der Einschätzung, welche Plattformen verboten werden sollten, ist auch die Bewertung interessant, ab welchem Alter bestimmte Plattformen zugänglich sein sollten. Dabei zeigte sich, dass die Befragten medial weniger stark besprochene Plattformen wie WhatsApp oder YouTube weniger kritisch hinsichtlich der Altersfreigabe regulieren würden. Jede/r Dritte sprach sich gegen eine Alterseinschränkung von WhatsApp aus. 36 % halten sie für Kinder ab 12 Jahren geeignet (siehe Tab. 2):

Plattform	Ab 12 J.	Ab 14 J.	Ab 16 J.	Ab 18 J.	Keine Einschränkung	Kann nicht beurteilen
WhatsApp	35,8	12,6	9,3	1,3	34,4	6,0
TikTok	2,6	9,9	31,1	26,5	11,3	7,9

Insta-gram	1,3	13,2	35,8	20,5	11,9	4,0
Snap-chat	3,3	14,6	27,8	20,5	10,6	11,3
YouTube	27,8	23,2	11,9	5,3	19,9	4,6
Face-book	5,3	13,9	24,5	21,2	12,6	10,6
Discord	4,6	13,9	17,2	9,9	11,9	36,4
X	3,3	6,6	21,9	28,5	11,3	24,5

Tab. 2: „Ab welchem Alter sollten folgende Social-Media-Seiten erlaubt sein?“
(Angaben in % [CC-BY-SA])

Auf die Frage, wie die Einstellungen der unter 14-Jährigen zu einem Verbot seien, gaben 64,2 % der Befragten an, die Mehrheit sei dagegen. Nur 5,3 % mutmaßten, die Mehrheit sei dafür. 26,5 % der Befragten waren der Meinung, dass die betroffene Altersgruppe geteilter Meinung ist.

Die Frage, ob sich der Alltag für die Personen verbessern würde, bejahten über 50 % der Personen, die beruflich oder privat mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Insgesamt sehen 52 % der Befragten durch das Verbot keine Änderungen ihres Alltags, 14 % zum Schlechteren und 34 % zum Besseren – ungeachtet eigener neuer Zugangshürden bei der Nutzung von SNS.

FF2d: *Welche Chancen und Risiken sehen die Österreicherinnen und Österreicher bei einer SNS-Verbotsumsetzung.*

Mit dem avisierten Verbot ist eine Reihe von Chancen und Risiken verbunden, die insgesamt sehr unterschiedlich bewertet werden. Knapp drei Viertel der Befragten befürworteten die Aussage, dass ein Verbot eine gesündere kindliche Entwicklung zur Folge hätte

und knapp vier Fünftel denken, dass Kinder dadurch weniger schädliche Erfahrungen im Netz sammeln würden. Nur etwa jede dritte Person stimmt der Aussage zu, dass Kinder durch das Verbot weniger Möglichkeiten haben, sich zu informieren und 45 % denken, dass sie weniger Kontaktmöglichkeiten mit Freundinnen und Freunden haben werden. Dreiviertel der Befragten sehen die Gefahr, dass durch das Verbot auf nicht-regulierte Plattformen ausgewichen werden wird. Interessant sind hierbei die Zustimmung Unterschiede zwischen den Geschlechtern, vor allem bei den Aussagen, dass es durch das Verbot weniger Informationsmöglichkeiten ($t(85,45) = -3,36, p = 0,001$) und Kontaktmöglichkeiten ($t(147) = -1,77, p = 0,080$) geben wird. Darüber hinaus gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen, abgesehen von der Risikoeinschätzung der Eltern im Vergleich zu Personen, die beruflich mit der Zielgruppe arbeiten. Erstere schätzen die Gefahr, dass durch das Verbot weniger Kontaktmöglichkeiten mit den Freundinnen und Freunden bestehen werden, höher ein ($t(81) = 2,103, p = 0,039$).

<i>Variable</i>	<i>Gesündere kindliche Entwicklung</i>	<i>Weniger schädliche digitale Erfahrungen</i>	<i>Weniger Möglichkeiten sich zu informieren</i>	<i>Weniger Kontaktmöglichkeiten mit Freunden</i>	<i>Jugendliche weichen auf nicht-regulierte SNS aus</i>
<i>Geschlecht</i>					
Weiblich	74,5	82,7	21,4	39,8	72,4
Männlich	72,5	70,6	49	54,9	80,4
<i>Alter</i>					
Bis 20 J.	80	85	15	35	80

20-29 J.	79,5	81,8	31,8	47,7	79,5
30-39 J.	68,4	73,7	34,2	44,7	76,3
40-49 J.	81,8	86,4	31,8	54,5	63,6
60-69 J.	57,1	85,7	28,6	57,1	71,4
<i>Bildung</i>					
Lehre	77,8	88,9	44,4	55,6	88,9
AHS	75,9	83,3	27,8	50	79,6
Hochschulabschluss	69,9	72,6	32,9	42,5	74
<i>Politische Selbst einschätzung</i>					
Sehr liberal	64,3	71,4	53,6	53,6	78,6
Mitte	85,3	88,2	14,7	26,5	61,8
Sehr konservativ	75	75	50	75	75
<i>Betroffenheit</i>					
Elternteil	66,7	66,7	38,9	55,6	61,1
Beruflich	83,1	87,7	21,5	29,2	70,8
Nicht, SNS-Use	63,3	71,7	40	58,3	85
Nicht, kein SNS-Use	85,7	71,4	28,6	57,1	85,7
<i>Gesamt</i>	73,5	78,1	31,1	45	75,5

Tab. 3: „Welche Folgen könnte das Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren haben?“
(Zustimmung in % [CC-BY-SA])

4.3 Begleitmaßnahmen und Alternativen zum Verbot

FF3: *Welche Alternativen zum SNS-Verbot werden von der Bevölkerung bevorzugt, und wie werden Maßnahmen wie Medienbildung, Plattformregulierung oder elterliche Kontrolle bewertet?*

Auf die Frage nach dem Vorwissen bezüglich der von der Bundesregierung angekündigten Begleitmaßnahmen zum Verbot gaben knapp 50 % an, bereits von der Stärkung schulischer und außerschulischer Medienkompetenzangebote gehört zu haben. Einen noch höheren Bekanntheitswert hat die Einführung des neu geplanten Schulfachs *Medien und Demokratie* ab 2027 mit 63 %. 39,7 % haben bereits von der Möglichkeit gehört, den *Digital Service Act* (DSA) auf europäischer Ebene konsequenter durchzusetzen. Weniger bekannt sind Fördermaßnahmen für eher jugendaffine journalistische Qualitätsformate (11,3 %) sowie die neue Workshop-Reihe zur Faktenerkennung im digitalen Alltag im Rahmen der sogenannten Digitalen Kompetenzoffensive der Bundesregierung (19,2 %).

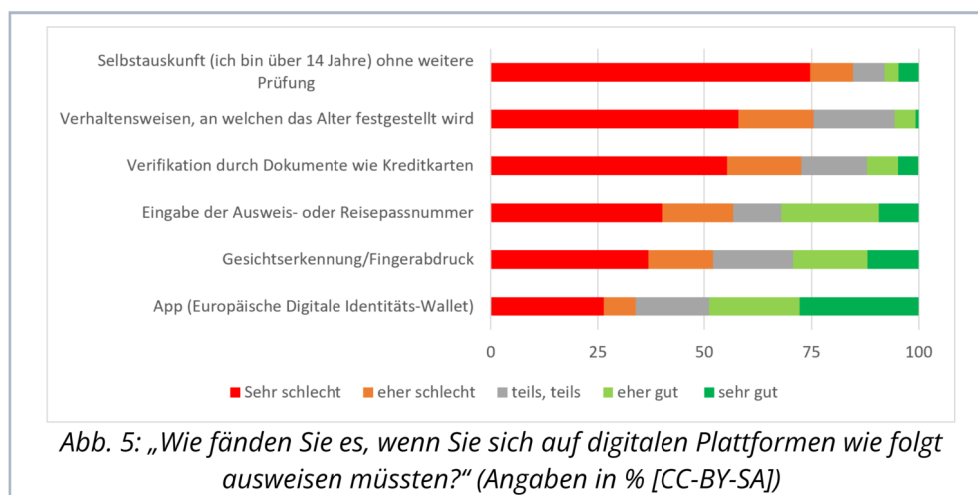
Bezüglich der Alternativen zum Verbot wird vor allem die Steigerung der Medienkompetenz von zwei Dritteln der Befragten befürwortet, ebenso wie die Verpflichtung der Plattformbetreiber zur strengeren Moderation und zum Jugendschutz. Über die Hälfte der Studienteilnehmenden sieht zudem die Erziehungsberechtigten in der Pflicht, sei es durch verpflichtende Medienkompetenz-Schulungen (53,6 %) oder durch eine stärkere Kontrolle der Mediennutzung ihrer Kinder (45 %). 55 % halten den Ausbau von

Beratungsangeboten für Jugendliche und Lehrkräfte für eine mögliche Alternative.

4.4 Technische Umsetzung und Effektivitätsbewertungen des Verbots

FF4: *Wie schätzt die österreichische Bevölkerung die Effektivität des geplanten SNS-Verbots ein?*

Mit dem geplanten Verbot stellen sich auch Fragen hinsichtlich der technischen Umsetzung. Diese reicht von einer bloßen Selbstauskunft bis hin zu elaborierten Verfahren zur Identifikation mittels biometrischer Daten, Ausweisidentifikation oder bestimmten Apps. Letztere haben, wie die folgende Abbildung illustriert, die höchsten Zustimmungswerte, da dort vermutlich die geringsten Datenschutzbedenken und die größte Effektivität in der Umsetzung erwartet werden:



Hinsichtlich der Frage der Effektivität zeigt sich ein überraschend ausgewogenes Verhältnis: 40,4 % halten das Verbot für absolut oder eher nicht effektiv, während 41,7 % es für eher oder absolut

effektiv halten, um Jugendliche unter 14 Jahren von den Plattformen fernzuhalten. Knapp 18 % sind der Ansicht, dass das Verbot nur teilweise effektiv sein wird. Unabhängig von der Kenntnis über das Verbot wird die Effektivität ähnlich ambivalent eingeschätzt (mit Vorkenntnissen $M = 2,84$; ohne Vorkenntnisse $M = 2,80$, $t(126) = 0,062$, $p = 0,951$). Kontrolliert mit dem Alter zeigen sich geringe Einstellungsunterschiede, wobei eher jüngere Kohorten bis 49 Jahre das Verbot effektiver einschätzen, als ältere Gruppen. Im direkten Vergleich zwischen den jüngsten (bis 20 Jahre und der ältesten Gruppe der über 70-Jährigen) sind die Einstellungsunterschiede signifikant ($t(24) = 3,327$, $p = 0,003$). Zudem zeigt sich, je intensiver die eigene SNS-Nutzung (1 = selten; 5 = sehr häufig), desto stärker die Annahme, dass das SNS-Verbot effektiv sein wird (1 = absolut nicht; 5 = absolut effektiv). Der Bewertungsunterschied zwischen den Light-Userinnen und -Usern ($M = 2,61$) und den Heavy-Userinnen und -Usern von SNS ($M = 3,25$) ist nennenswert aber nicht signifikant ($t(24) = -1,27$, $p = 0,217$).

5. Diskussion

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie verdeutlichen die ambivalente Haltung der österreichischen Bevölkerung gegenüber des geplanten Social-Media-Verbots für Jugendliche unter 14 Jahren. Zwar erkennt die Mehrheit der Befragten die Notwendigkeit eines Schutzes für Jugendliche an, die Effektivität des Verbots und die technischen Herausforderungen besonders hinsichtlich der ge-

planten Altersverifizierung und Identifikation werden jedoch kritisch hinterfragt (vgl. Fischer, 2026). Diese Haltung spiegelt die gesellschaftliche Spannung zwischen dem Schutz von Jugendlichen und ihrer digitalen Teilhabe wider (Hugger, 2014; Couldry & Hepp, 2017).

Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen den Einstellungen der verschiedenen Altersgruppen: Jüngere Befragte und Personen mit einer Mitte-liberalen politischen Orientierung befürworten ein Verbot stärker, während ältere und sehr liberale Gruppen es weniger stark befürworten. Diese Ergebnisse korrespondieren mit internationalen Studien, die zeigen, dass Jugendliche *Social-Media-Netzwerke* (SNS) einerseits als wichtige Räume für soziale Interaktion und Informationsbeschaffung wahrnehmen (European Commission, 2026; Wedel et al., 2025; Rice et al., 2016), durch ihre hohe Nutzungszeit auf diesen Plattformen aber auch potenziell stärker mit den Risiken konfrontiert werden. Diese Diskrepanz verdeutlicht, dass die Perspektive der direkt betroffenen Jugendlichen in der politischen Diskussion teilweise vernachlässigt wird. Forderungen nach einer stärkeren Einbeziehung dieser gesellschaftlichen Gruppe werden auch von wissenschaftlicher Seite laut (Karsay, 2026). Dass Plattformen differenzierter reguliert werden sollten, zeigen auch die Einschätzungen. Einige der befragten Personen dieses jungen, digitalen und medienaffinen Samples kennen einerseits einige Plattformen nicht bzw. haben keine Meinung zu den zu verbotenden Plattformen, andererseits haben sie sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, ab welchem Alter

Plattformen für Kinder zugänglich sein sollten. Dies zeigt, dass ein Pauschalverbot an den Bedürfnissen und Vorstellungen der Bevölkerung vorbeireguliert und dass nicht alle Plattformen als gleich schädlich wahrgenommen werden bzw. als gleich schädlich gelten können. Dass die potenziellen Chancen wie ein verminderter Kontakt mit destruktiven, schädlichen Inhalten die Risiken wie demokratiepolitische Einschnitte in Form von Informations- und Kontakteinschränkungen überwiegen, überrascht bei der derzeit medial geführten Diskussion weniger als die Tatsache, dass es auch hier erhebliche Einstellungsunterschiede gibt.

Die geringe Bekanntheit der angekündigten Begleitmaßnahmen wie der Einführung des Schulfachs *Medien und Demokratie* unterstreicht die Notwendigkeit einer intensiveren Aufklärung und Kommunikation durch die Regierung. Ohne ein fundiertes Verständnis der Maßnahmen bleibt die öffentliche Debatte oberflächlich und es kommt zu einer starken Polarisierung. Zudem zeigt die Studie, dass technische Umgehungsmöglichkeiten und soziale Dynamiken die Wirksamkeit eines Verbots erheblich einschränken könnten. Dies bestätigt die Erkenntnisse von Bursztyń et al. (2026), die darauf hinweisen, dass Verbote oft ineffektiv sind, wenn soziale Netzwerke weiterhin von Peers genutzt werden.

Im Rahmen der Lehrveranstaltung wurde ergänzend zur Befragungsstudie eine inhaltsanalytische Erhebung von sieben relevanten österreichischen Tageszeitungen durchgeführt. Im Zeitraum vom 01. Januar bis 30. Juni 2026 wurde eine Zufallsstichprobe von

30 Artikeln aus 438 gezogen. Die Ergebnisse dieser Stichprobe verdeutlichen eine überwiegend unausgewogene Berichterstattung: So dominieren in den Beiträgen vor allem Regierungsvertretungen (63 %), während Kinder und Jugendliche nur in knapp 7 % der Beiträge und Expertinnen sowie Experten nur in 10 % der Beiträge im Fokus stehen. In knapp zwei von drei Artikeln werden Wissenschaft und andere Expertinnen und Experten angeführt, die oftmals nicht näher benannt werden. Wie das Verbot technisch umgesetzt werden soll, wird in 55 % der Beiträge zumindest knapp thematisiert. In der Mehrheit der Beiträge wird die Umsetzung jedoch nicht näher genannt. Hinsichtlich des Sentiments der Beiträge sind knapp die Hälfte neutral formuliert, d. h., es gibt keine dominante Tonalität für oder gegen das geplante Verbot. Allerdings finden sich vor allem im Boulevard ein eher befürwortendes Framing im Vergleich zu Qualitätsblättern. Dieser Befund wird durch das Nichtbenennen von Argumenten gegen das Verbot (53 %) unterstrichen. Lediglich zwei Beiträge in Qualitätsmedien benennen die Einschränkung der Meinungsfreiheit. In 13 % der Beiträge findet sich das Argument, dass es sich bei dem Verbot um eine Einschränkung der Informationsbeschaffung für Kinder und Jugendliche handelt. Als dominierendes Argument für ein Verbot werden die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit angeführt – oftmals ohne diese näher zu thematisieren oder anhand von Studienergebnissen zu kontextualisieren (57 %). Ein Drittel der Beiträge nennt keine Argumente, die das Verbot begründen, und 43 % nennen auch keine Alternativen bzw. zusätzliche Maßnahmen. Die Verpflichtungen der Plattformbetreibenden (10 %)

werden deutlich seltener genannt als die Steigerung der Medienkompetenz der Jugendlichen, beispielsweise im schulischen Kontext durch neue Schulfächer oder Workshop-Angebote (37 %). Dieser Einblick verdeutlicht die Problematik der aufgeladenen Debatte, die vor allem von einem Narrativ der Alternativlosigkeit zum Verbot geprägt ist (Codebook und Daten, siehe Online-Anhang).

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Bevölkerung in der SNS-Nutzung neben Risiken auch Chancen sieht. Während die Gefahren für die psychische Gesundheit als zentrales Risiko wahrgenommen werden, da sie auch zentral in der medialen Debatte dominieren, wird die soziale Teilhabe durch Social Media als wichtige Chance betrachtet. Diese ambivalente Wahrnehmung deckt sich mit den Ergebnissen aus der Literatur (Livingstone & Helsper, 2007; J. Fatt & Fardouly, 2025), die die positiven wie negativen Auswirkungen von SNS auf Jugendliche beleuchten. Besonders die Rolle von SNS als Nachrichtenquelle und als Raum für soziale Interaktion wird von Jugendlichen hervorgehoben (Rice et al., 2016; European Commission, 2026). Gleichzeitig zeigen Studien, wie die von Bursztyn et al. (2026), dass Verbote die Nutzung von SNS nicht vollständig verhindern können, da Jugendliche oft technische Umgehungsmöglichkeiten finden. Somit stellt sich die Frage, ob ein Verbot Risiken tatsächlich minimieren kann oder die Nutzung lediglich in weniger regulierte Räume verlagert. Viele Teilnehmende sehen technische Umgehungsmöglichkeiten und soziale Dynamiken als Hindernisse für die Umsetzung, vor allem,

wenn SNS von Gleichaltrigen weiterhin genutzt werden (Bursztyn, 2026). Die Ergebnisse legen nahe, dass technische Maßnahmen wie biometrische Identifikation oder Ausweisverifikation zwar als effektiv wahrgenommen werden, jedoch Datenschutzbedenken hervorrufen (Fischer, 2026). Die ambivalente Bewertung der Effektivität spiegelt die Unsicherheit wider, ob ein Verbot die gewünschten Ziele tatsächlich erreichen kann oder lediglich einen symbolischen Charakter hat (Edelman, 1964).

Die Studienteilnehmenden bevorzugen Alternativen wie die Förderung von Medienkompetenzangeboten um einerseits sicherer auf Inhalte zuzugreifen, diese selbstständig zu analysieren und zu bewerten und selbstständig digitale Medien mit zu gestalten (von Gross et al, 2025; Pieschl, 2018). Dies impliziert auch ein Umdenken weg von derzeitig dominantem Paradigma der nostalgischen Bewahrung einer SNS-freien Kindheit durch ein Verbot. Zudem werden strengere Moderation durch die Plattformen und mehr elterliche Kontrolle gewünscht. Diese Präferenzen stimmen mit der Literatur überein, die betont, dass Bildungsmaßnahmen und Plattformregulierung nachhaltigere Lösungen bieten als Verbote (Campbell, 2025; Redlich et al, 2025). Insbesondere der Ausbau der Förderung von Medienkompetenz wird als zentrale Maßnahme angesehen, um Jugendliche besser auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorzubereiten. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung eines ganzheitlichen Ansatzes, der rechtliche, technische und pädagogische Maßnahmen integriert, wie es die

zuständigen Vertreter der Bundesregierung bereits teilweise öffentlich kommuniziert haben.

6. Fazit

Die vorliegende Studie zeigt, dass das geplante SNS-Verbot von der österreichischen Bevölkerung ambivalent bewertet wird. Einerseits wird die Notwendigkeit eines digitalen Schutzes für Kinder weitgehend anerkannt, andererseits werden die Effektivität des Verbots und die technischen Umsetzungsmaßnahmen kritisch hinterfragt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass ein Verbot allein nicht ausreicht, um die komplexen Herausforderungen der digitalen Mediennutzung zu bewältigen. Stattdessen sollten begleitende Maßnahmen, wie die Intensivierung von Medienbildungsangeboten und die Regulierung von Plattformen stärker in den Fokus gerückt werden. Insbesondere die Förderung von SNS-bezogener Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen und Eltern könnte eine nachhaltige Alternative darstellen, da sie nicht nur Risiken minimiert, sondern auch die Chancen der digitalen Teilhabe stärkt. Die Studie weist allerdings einige methodische Limitierungen auf. Aufgrund der nicht repräsentativen Stichprobe können die Ergebnisse nicht auf die österreichische Grundgesamtheit verallgemeinert werden. Durch die Overcoverage von vor allem digital- und medienaffinen, jungen, weiblichen und formal höher gebildeten und politisch liberalen Personen sind die Ergebnisse verzerrt und können daher nur als ein Impuls für weiterführende Erhebungen angesehen werden. Zudem wurden be-

stimmte Zielgruppen wie Jugendliche unter 14 Jahren nicht direkt befragt, wodurch die Perspektive der Betroffenen eingeschränkt ist. Darüber hinaus bleibt unklar, wie sich die Einstellungen der Bevölkerung im Laufe der Zeit entwickeln werden, insbesondere nach der Einführung weiterer Verbote in Nachbarländern sowie in Österreich und sich zeigt, wie tatsächlich mit dem Verbot umgegangen werden wird, welche Effekte dieses haben wird, welche Einschnitte im Sinne demokratischer Teilhabe von Kindern einsetzen oder ob es sich doch nur um einen symbolischen Akt handeln wird.

Trotz der methodischen Limitierungen liefert die Studie wichtige Erkenntnisse, die einen Wissensmehrwert für die wissenschaftliche und politische Diskussion darstellen. Sie zeigt, dass die Bevölkerung sowohl die Gefahren als auch die Chancen der SNS-Nutzung für Kinder unter 14 Jahren differenziert wahrnimmt. Diese Ambivalenz unterstreicht die Komplexität des Themas und die Notwendigkeit eines ausgewogenen Ansatzes, der über ein reines Verbot hinausgeht. Ein zentraler Beitrag der Studie ist die Identifikation der Einstellungen zu Verbots-Alternativen und Begleitangeboten, die von der Bevölkerung bevorzugt werden. Maßnahmen wie die Förderung von Medienkompetenz, eine strengere Regulierung der Plattformen und elterliche Kontrolle werden als nachhaltigere und wirksamere Lösungen wahrgenommen.

Darüber hinaus trägt die Studie zur Versachlichung der öffentlichen Debatte bei, indem sie die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung erfasst und analysiert. Die Ergebnisse kön-

nen als Grundlage für weiterführende Forschung dienen, insbesondere zur Perspektive der betroffenen Jugendlichen und zur internationalen Vergleichbarkeit von Regulierungsansätzen. Damit ist zu unterstreichen, dass die Einführung eines SNS-Verbots in Österreich nicht isoliert betrachtet werden kann. Vielmehr bedarf es einer holistischen Strategie, die rechtliche, technische und pädagogische Maßnahmen integriert, um sowohl die Risiken zu minimieren als auch die Chancen der digitalen Teilhabe zu stärken.

Zukünftige Forschung sollte einerseits repräsentative Zufallsstichproben verwenden und andererseits die Perspektive der direkt betroffenen Jugendlichen stärker einbeziehen, wie Archer (2025) es fordert. Zudem sollten die Effektivität technischer Maßnahmen sowie die Rolle von Medienbildung in der Prävention von Risiken weiter erforscht werden (Fardouly, 2025). Da es sich hierbei um ein globales Problem handelt, sollte die gesellschaftliche Debatte über das Verhältnis von Schutz und Teilhabe intensiviert werden, um evidenzbasierte und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Eine internationale komparative Studie könnte, wie jene des Eurobarometers, wertvolle Erkenntnisse darüber liefern, wie unterschiedliche Regulierungsansätze in verschiedenen Ländern wahrgenommen werden und welche Wirkung diese tatsächlich entfalten.

Anmerkungen

- 1 An der Studie waren die Studierenden Jasmin Hager, Elisabeth Hauser, Enya Nutz, Lara Pogatschnig, Alina Riederer, Kevin Manfred Schweiger, Carmen Spielberger, Sandra Steiner und Eva Wedenig bei der Erstellung des Fragebogens und der Datenerhebung beteiligt. Vielen Dank für die Teilnahme am Lehrforschungsexperiment! Für die Erstellung folgender Aspekte des Manuskripts wurde der ACA General ChatBot genutzt: Abstract-Struktur, Strukturierung des theoretischen Rahmens und der Operationalisierung. Als Korrektorat wurde DeepL genutzt. Zur gleichberechtigten Repräsentation wird in diesem Text zwischen der weiblichen und der männlichen Sprachform alterniert. Diese Formulierungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechtsidentitäten. Ich danke den Reviewerinnen und Reviewern für ihre wertvollen Hinweise.
- 2 Livingstone (2004) definiert Medienkompetenz als die Fähigkeit, in einer Vielzahl von Kontexten auf Botschaften zuzugreifen, diese zu analysieren, zu bewerten und zu gestalten.
- 3 Gemäß den aktuellen ethischen Richtlinien der *Deutschen Gesellschaft für Online-Forschung* (DGOF e.V.) (2021) wurde auf die Online-Befragung von Minderjährigen bis einschließlich 15 Jahren verzichtet, da hierfür die Einwilligung der sorgeberechtigten Personen gemäß Art. 8 Abs. 1 EU-DSGVO notwendig gewesen wäre.
- 4 <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-nach-alter/geschlecht>

Online-Anhang

Schulz-Tomančok, A. (2026). The Kids Are All Right? Eine empirische Analyse der Einstellungen und Wissensbestände zum SNS-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren in Österreich. Online-Anhang. *OSF.io*. <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/9835Y>

Literatur

Al-Youssef, M. (2026). Bereitet die Regierung mit dem Social-Media-Verbot das Ende der Anonymität im Netz vor? *Standard.at*. <https://www.derstandard.at/story/3000000313728/bereitet-die-regierung-mit-dem-social-media-verbot-das-ende-der-anonymitaet-im-netz-vor>

Archer, C. J. (2025). Coming of age with, in and on social media: A critique of how politicians are responding to children's social media engagement. *Journal of Children and Media*, 19(1), 58–64.

Bundeskanzleramt (BKA) (27.03.2026). Kinderschutz im Netz: Bundesregierung setzt Mindestalter für Social Media fest. *Bundeskanzleramt Nachrichten Blog*. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2026/03/bundesregierung-setzt-mindestalter-fuer-social-media-fest.html>

Bursztyn, L., Duckworth, A., Jiménez-Durán, R., Leonard, A., Milojević, F., Roth, C., & Sunstein, C. R. (2026). *Why Bans Fail: Tipping Points and Australia's Social Media Ban*. Working Paper Nr. 2026-57. Becker Friedman Institute for Economics, The University of Chicago. https://bfi.uchicago.edu/wp-content/uploads/2026/04/BFI_WP_2026-57.pdf

Campbell, M. (2025). Social-media bans won't work — there are better ways to keep kids safe. *Nature.com*. <https://www.nature.com/articles/d41586-025-00051-0>

Christensen, H., & Mackinnon, A. (2025). Do social-media bans benefit young people? These data could offer clues. *Nature.com*. <https://www.nature.com/articles/d41586-025-02759-5>

Couldry, N., & Hepp, A. (2023). *Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Mediatisierung und Datafizierung*. Springer VS.

Davis, F. D. (1989). Perceived usefulness, perceived ease of use, and user acceptance of information technology. *MIS Quarterly*, 13(3), 319–340.

Dienlin, T., Marboe, G., Plener, P., & Kang, S. (2026). *Mental Health Days Studie 2025*. <https://static1.squarespace.com/static/638a6e7a684c250c7777e1e6/t/696dff746506470e36a7227f/1768816500457/mental+health+days-Studie+2025.pdf>

Edelman, M. (1964). *The Symbolic Uses of Politics*. University of Illinois Press.

European Commission. (2026). *FLASH EUROBAROMETER 579. Impact of excessive screen time and social media on young people's mental health*. <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3686>

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (21.02.2026). *Schülermeinungen zu einem Social Media-Verbot für Jugendliche*. <https://www.youtube.com/watch?v=L7qifeDAwZ0>

Fischer, F. (13.04.2026). Social-Media-Verbot: „Wir verlagern die Verantwortung auf die Nutzer:innen“. *ÖAW News Blog*. <https://www.oeaw.ac.at/news/social-media-verbot-wir-verlagern-die-verantwortung-auf-die-nutzerinnen>

Gadringer, S., Holzapfel, M., Sparviero, S., & Trappel, J. (2026). *Digital News Report Network Austria. Detailergebnisse für Österreich*. <https://doi.org/10.5281/zenodo.20695155>

Gross, F. von, Tappe, E.-H., & Weßel, A. (2025). Altersgrenzen für Social Media? Die Perspektive der Medienpädagogik. *BzKJ Aktuell*, 2/2025, 12–15.

Haidt, J. (2024). *Generation Angst: Wie wir unsere Kinder an die virtuelle Welt verlieren und ihre psychische Gesundheit aufs Spiel setzen*. Rowohlt.

J. Fatt, S., & Fardouly, J. (2025). Debate: Social media in children and young people – time for a ban? Weighing up the implications and limitations of age-based social media restrictions. *Child Adolescent Mental Health*, 30(4), 414–415.

Karsay, K. (2026). Es reicht nicht aus, Social Media zu verbieten. *DerStandard.at*. <https://www.derstandard.at/story/3000000319679/es-reicht-nicht-aus-social-media-zu-verbieten>

Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg (kija) (2026). *Kinder- und Jugendanwält:innen warnen vor pauschalem Social-Media-Verbot*. <https://www.kija-sbg.at/0/0/nc/home/kija-sbg/news-einzelansicht/a/detail/News/kinder-und-jugendanwaeltinnen-warnen-vor-pauschalem-social-media-verbot.html>

Knaus, T. (2025). Das Ende der Erziehung? Was die alte Welt von Australiens Medienverboten lernen kann. *Medienimpulse*, 63(4), 1–13. <https://journals.univie.ac.at/index.php/mp/article/view/9855>

Krainer, L., Lagor, L., & Roth-Ebner, C. (2025). *Handyverbot an Schulen. Begleitforschung. Forschungsbericht*. <https://netlibrary.aau.at/obvukloa/download/pdf/13043866>

Hoffmann, B. (2021). Bewahrpädagogische Strömung der Medienpädagogik. In U. Sander, F. von Gross & K.-U. Hugger (Hrsg.), *Handbuch Medienpädagogik*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25090-4_3-1

Hugger, K.-U. (2014). Digitale Jugendkulturen. Von der Homogenisierungsperspektive zur Anerkennung des Partikularen. In K.-U. Hugger (Hrsg.), *Digitale Jugendkulturen. Digitale Kultur und Kommunikation* (S. 11–28). Springer VS.

Ledford, H. (2026). Is social media addictive for teens? US courts wade into scientific debate. *Nature.com*. <https://www.nature.com/articles/d41586-026-00433-y>

Livingstone, S. (2004). What is media literacy? *Intermedia*, 32(3), 18–20.

Livingstone, S., & Helsper, E. J. (2007). Gradations in digital inclusion: Children, young people, and the digital divide. *New Media & Society*, 9(4), 671–696.

Livingstone, S., & Sylwander, K. R. (2025). Conceptualizing age-appropriate social media to support children's digital futures. *British Journal of Developmental Psychology*, 44(2), 300–312.

ORF (27.03.2026a). Viel Kritik und offene Fragen. *ORF.at*. <https://orf.at/stories/3425162/>

ORF (09.06.2026b). Jugendliche bei Treffen zu Social-Media-Verbot. *ORF.at*. <https://orf.at/stories/3432812/>

ORF (05.02.2026c). Umfrage: 84 Prozent für Social-Media-Verbot. *ORF.at*. <https://orf.at/stories/3419278/>

Pearson, H. (2025). Do smartphones and social media really harm teens' mental health? *Nature.com*. <https://www.nature.com/articles/d41586-025-00933-3>

Pieschl, S. (2018). Ist Medienkompetenz ein protektiver Faktor gegen problematische Mediennutzung? In O. D. Kothgassner & A. Felnhofer (Hrsg.), *Klinische Cyberpsychologie und Cypertherapie* (S. 180–188). facultas.

Prendergast, K., & Dyer, E. (2026). Youth social media age restrictions: examining Trans-Tasman media coverage of Australia's social media 'ban'. *Journal of Youth Studies*, (online first), <https://doi.org/10.1080/13676261.2026.2626495>

Redlich, C., Lazeri, L., Maurer, J., Hall, J., & Azzopardi-Muscat, N. (2025). Debate: Social media in children and young people – time for a ban? Beyond bans: addressing the digital determinants of youth mental health and well-being in the European region. *Child Adolescent Mental Health*, 30(4), 408–410.

Rice, E. S., Haynes, E., Royce, P., & Thompson, S. C. (2016). Social Media and Digital Technology Use among Indigenous Young People in Australia: A Literature Review. *International Journal for Equity in Health*, 15(1), 81.

Tagesschau (11.06.2026). Ethikrat gegen Social-Media-Verbot. *Tagesschau.at*. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/ethikrat-soziale-medien-kinder-100.html>

van der Linden, S. (2026). Social media bans for teens lack evidence. *Nature Health*. <https://doi.org/10.1038/s44360-026-00083-4>

Vodafone Stiftung (Hrsg.). (2025). *Zwischen Bildschirmzeit und Selbstregulation. soziale Medien im Alltag von Jugendlichen*. Düsseldorf. <https://www.vodafone-stiftung.de/handlungsempfehlungen-social-media/>

Wedel, K., Freundl, V., Pfaehler, F., & Wößmann, L. (2025). Zwischen Likes und Lernen: Was Jugendliche und Erwachsene über Social Media denken. Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2025. *ifo Schnelldienst*, 78(9), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. 37–57.

Wesley-Smith, O., & Fleming, T. (2025). Debate: Social media in children and young people – time for a ban? From polarised debate to precautionary action – a population mental health perspective on social media and youth well-being. *Child Adolescent Mental Health*, 30(4), 416–418.

Wiederhold, B. K. (2025). Are Social Media Bans the Solution to the Youth Mental Health Crisis? Some Governments Think So. *Cyberpsychology, Behavior, and Social Networking*, 28(5), 295–297.